



WKÖ will mehr Unternehmen für familien- und frauenfreundliche Maßnahmen gewinnen

Utl.: Forderung nach mehr Betreuungsplätzen, steuerlicher Absetzbarkeit von Betreuungskosten und Flexibilisierung der Zuverdienstgrenze für Unternehmerinnen

In einer gemeinsamen Pressekonferenz heute, Montag, sprachen sich WKÖ-Präsident Christoph Leitl, und die Vorsitzende des Vereins „Taten statt Worte“, Nationalratsabgeordnete Ridi Steibl, dafür aus, Unternehmen verstärkt zu Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu motivieren. „Das Thema ist aktuell wie nie zuvor, die Zeitungen sind voll von Berichten über Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Demographie stellt uns einfach vor die Herausforderung, die vielen hochqualifizierten Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen den Spagat zwischen Familie und Beruf zu ermöglichen“, so Leitl.

Um die Unternehmen zu motivieren, mehr familien- und frauenfreundliche Maßnahmen zu setzen, stehe die WKÖ auch in diesem Jahr zum wiederholt abgehaltenen Wettbewerb „Frauen und familienfreundlichste Betriebe 2007“. Dieser Wettbewerb wird mittlerweile in der Steiermark, Wien, NÖ, Burgenland, Kärnten und Vorarlberg durchgeführt, seit 1991 haben 2085 Unternehmen daran teilgenommen. „Wir wollen insbesondere Klein- und Mittelbetriebe vor den Vorhang stellen, die mit familienfreundlichen Maßnahmen, ihren MitarbeiterInnen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern“, so Steibl.

Ziel des Wettbewerbes ist es, die Bedeutung frauen- und familienfreundlicher Arrangements deutlich zu machen: Müttern und Vätern soll durch entsprechende Regelungen des Betriebs die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert werden. Dadurch soll die Entscheidung für ein Kind nicht zu einer „Entweder-Oder-Entscheidung“ werden. Gemeinsam mit flexiblen Kinderbetreuungseinrichtungen ist eine familienfreundliche Arbeitswelt die Voraussetzung dafür, dass Beruf und Familie kein Widerspruch sind.

Im Hinblick auf eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf fordert WKÖ-Präsident Christoph Leitl ein 5-Punkte-Programm: Erstens, müssen wir Unternehmen verstärkt sensibilisieren. Deshalb wird es eine entsprechende Plattform arbeitundfamilie.at im Internet geben, auf der sich die Unternehmen entsprechend informieren können. Von der Bundesregierung fordert Leitl eine Flexibilisierung des Kindergeldes für Unternehmerinnen: Die Zuverdienstgrenze soll bei Unternehmerinnen in Karenz an der Gewinnentnahme aus dem Unternehmen gemessen werden. Generell drängt der WKÖ-Präsident auf eine Ausweitung und Verbesserung des Angebotes an Kinderbetreuung, also eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten, eine gezielte Förderung für Betriebskindergärten und die Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Förderung von individuellen Betreuungsmöglichkeiten speziell in Randzeiten. „Wir wissen nun bereits seit geraumer Zeit, dass bis zu 46.000 Plätze fehlen – jetzt wäre es Zeit, diesen Missstand endlich zu beheben!“, so Leitl.

Ebenfalls auf der WKÖ-Agenda: Die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten für haushaltsnahe Tätigkeiten. Nach einem Berechnungsmodell von „Frau in der Wirtschaft“ könnten 10 Prozent der Aufwendungen für Betreuungs- und Haushaltshilfen mit einer maximalen Deckelung von 783 Euro pro Jahr auf dem Abgabekonto gutgeschrieben werden. Abgerechnet würde der entsprechende Betrag über die Erstattung der Einkommenssteuer. „Dieses Modell würde dabei nicht nur wenigen Besserverdienenden zugute kommen. 88 Prozent der Bevölkerung befürworten diese Möglichkeit, so eine Umfrage von Frau in der Wirtschaft“, betont Leitl. Punkt fünf der Forderungen betrifft den Ausbau von Ganztagsschulangeboten. „Die Entscheidung für eine Ganztageschule muss bei den Eltern verbleiben, aber das Angebot muss da sein“, so Leitl.